



Aufzeichnungen erfüllen Zeitepochen mit Leben

Blick in die historischen Gemeinderatsprotokolle von Benteler

Teil 2

„Der Patriot“ – Tageszeitung aus Lippstadt 11. Dezember 1998

Einleitung der Redaktion

Benteler. In den vergangenen Monaten des mittlerweile zu Ende gehenden Jahres 1998 ist bei den verschiedenen Anlässen der Selbständigkeit Bentelers vor 100 Jahren gedacht worden. Der Lippstädter Nachbarort, an der Grenze zwischen den Kreisen Gütersloh und Soest gelegen, gehört seit der kommunalen Neugliederung zur Gemeinde Langenberg, weshalb im dortigen Gemeindearchiv auch heute die Gemeinderatsprotokolle aus Benteler zu finden sind: markante Dokumente für gemeindliche Selbstverwaltung im Kreis Gütersloh. In vier Folgen wird Joachim Wibbing Aspekten aus der Arbeit des Gemeinderates bis 1970, dem Datum der Eingemeindung nach Langenberg, nachgehen. Der Autor aus Bielefeld ist ein ausgewiesener Fachmann für diese Thematik, hat er doch bis zum 1. Oktober das Langenberger Gemeindearchiv fachlich betreut.

von Joachim Wibbing

Die Gemeinderatsprotokolle sind ein Spiegel der jeweiligen herrschenden politischen Vorstellungen. Insofern erscheint eine Gegenüberstellung von Aufzeichnungen aus der Zeit der Weimarer Republik (1918 – 1933), dem Dritten Reich (1933 – 1945) und schließlich der entstehenden Bundesrepublik durchaus als reizvoll. Verfolgen wir einmal die wechselvolle Geschichte des Benteler Gemeinderates in diesen Zeiten.

Interessanterweise fand direkt am 11. November 1918, als das Kaiserreich abdankte und in vielen Städten die Arbeiter- und Soldatenräte die Macht übernahmen, in Benteler eine Gemeinderatssitzung statt. Die Beteiligten

werden natürlich von den umwälzenden Ereignissen gewusst haben, doch im Ratsprotokoll schlug sich das nicht nieder, warum sollte es auch. Die drei zu behandelnden Tagesordnungspunkte sind noch vom 1. Weltkriegsgeschehen bestimmt. Zu behandeln waren: die Kriegsteuerungszulagen für die Bezirkshebammen, 2. Der Zeichnungsverlauf der 9. Kriegsanleihe und schließlich 3. Die Weihnachtsfeldpakete. Erst die Sitzung vom 9. Dezember 1918 bringt einen Hinweis auf den beendeten Krieg. Der Wadersloher Amtmann Fröling – Benteler gehörte ja als Ort weiterhin zum Amt Wadersloh – nahm seine Tätigkeit wieder auf und wohnte den Sitzungen des Benteler Gemeinderates wieder bei, was damals zu den üblichen Funktionen eines Amtmannes gehörte. Fröling diente als Major. Er unterzeichnete in der Regel auch das niedergeschriebene Protokoll.



Die Gaststätte Askämper, heute Schrage, in Benteler, langjähriges Tagungslokal des Gemeinderates von Benteler. Foto: Schrage

Dass eine neue Zeit angebrochen war, dokumentiert sich darin, dass in dem zweiten Protokollbuch, das vom 3. Mai 1910 bis zum 21. März 1921 reicht, auf dem Umschlagblatt eine Notiz mit folgendem Wortlaut eingeklebt worden war: „Weitere Ausführungsanweisung vom 31. März 1919 zur Landgemeindeordnung für die Provinz Westfalen vom 19. März 1856. Auf Grund des § 86 der Landgemeinde-Ordnung für die Provinz Westfalen vom 19. März 1856 wird in Ergänzung der Instruktion vom 8. Mai 1856 zur Ausführung des Gesetzes nachstehende Anordnung getroffen: § 1. Die Sitzungen der Gemeindeversammlung (Gemeindevertretung) und der Amtsversammlung sind öffentlich. Für einzelne Gegenstände kann durch besonderen Beschluß, welcher in geheimer Sitzung gefaßt wird, die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden. § 2. Die Zuhörer haben den

Anordnungen des Vorsitzenden zur Erhaltung der Ruhe und Ordnung Folge zu leisten. Der Vorsitzende kann jeden Zuhörer, welcher Störungen irgendeiner Art verursacht, aus dem Sitzungszimmer entfernen lassen. Berlin, den 31. März 1919. Der Minister des Innern.“ Damit war eine grundlegende Veränderung zum Kaiserreich eingetreten: aus nicht öffentlichen Sitzungen wurden in der Regel nun öffentliche. Der Bürger konnte sich damit selbst ein Bild machen. Demokratische Transparenz brach sich Bahn.

Markant für die ersten Jahre der Weimarer Republik waren die wirtschaftlichen Probleme, die schließlich in einer Hyperinflation mündeten, die den Älteren unter uns sicherlich noch in schlechter Erinnerung sein wird. Lag der Finanzhaushalt der Gemeinde Benteler im Jahr 1920 noch bei einer Einnahme von knapp 164.000 Mark, einer Ausgabe von knapp 119.000 Mark und einem Bestand von 45.000 Mark, so sollten sich bereits einige Zeit später wahrhaft astronomische Zahlen ergeben. 1921: Einnahme ca. 308.000 Mark, Ausgabe ca. 280.000 Mark, Bestand 28.000 Mark. Ein Viehzähler, der für die Gemeinde tätig wurde und ursprünglich um drei bis vier Mark erhielt, bekam nun 200 Mark. Die Tagegelder für Dienstreisen wurden um 200 Prozent erhöht. 1922 schloss die Gemeinderechnung mit einem Fehlbetrag von 866.000 Mark ab, der nur mit einem 40.000 Prozent Zuschlag zur staatlich veranschlagten Grundsteuer und einem 20.000 Prozent Zuschlag zur Gebäudesteuer gedeckt werden konnte. 1923 erhielt ein Viehzähler 10 Millionen Mark für seine Bemühungen. Die Rechnung für das Jahr 1923 endete dann wie folgt:

Einnahme	10.404.489.905.079.222,37	Mark;	Ausgabe
			8.058.794.339.438.322,92 Mark;
			Bestand 2.345.695.565.640.899,45 Mark.

Die Einnahme lag also knapp über 10 Trillionen Mark. Dass die damaligen Beamten trotz dieser desaströsen Zustände immer noch eine genaue Buchführung anstrebten, zeigt sich daran, dass sie selbst die Pfennigbeträge nicht vergaßen. Was für einen Wert mag wohl ein Pfennig in diesen Monaten gehabt haben? Im Jahre 1924 konsolidierten sich die Verhältnisse. Einnahme etwas mehr als 35.000 Mark, Ausgabe 34.310 Mark. Doch hatten die Währungsturbulenzen die Menschen grundsätzlich geprägt, eine Erfahrung, die noch lange nachwirken sollte.

Nachdem am 30. Januar 1933 die Nationalsozialisten die Macht im Reich übernommen hatten, änderte sich auch in den Gemeinden Einiges. In der Gemeinderatssitzung am 3. April 1933 stand die Wahl eines neuen Gemeindevorstehers an; nachdem Anton Vorwerk zurückgetreten war, wurde Arnold Stammschröer mit vier der sechs abgegebenen Stimmen

gewählt; sein Stellvertreter wurde der Landwirt Hermann Schienstock; vier hatten sich für, einer gegen ihn bei einer Enthaltung ausgesprochen. Doch beide waren nur kommissarisch eingesetzt. Die Wahl durch den Gemeinderat galt nichts mehr. Nur durch eine Bestätigung des Landrates, also eines Vertreters der NSDAP, kam man nun noch ins Amt. Dennoch leistete Stammschröer den Diensteid. „Ich schwöre Treue der Reichsverfassung. Ich schwöre, daß ich auch die preußische Verfassung gewissenhaft beobachten und das mir übertragene Amt als Gemeindevorsteher der Gemeinde Benteler unparteiisch nach bestem Wissen und Können verwalten will, so wahr mir Gott helfe.“ Doch der Gemeindevorsteher Stammschröer wurde vom Landrat nicht bestätigt. Die NSDAP-Ortsgruppe Benteler schlug Ende August 1933 Anton Vorwerk vor, der dann einstimmig gewählt wurde. Hier sind auch einmal die Nuancen genau zu beobachten. Bis zu diesem Datum geht aus den Protokollen in keinsten Weise hervor, welcher Parteirichtung die einzelnen Gemeindeverordneten nahestanden. Sie spielte keine Rolle, im Vordergrund stand das Wohl der Gemeinde; doch nun bestimmt eine Partei den Gemeindevorsteher. Das Führerprinzip begann seine Herrschaft. Ab Dezember 1933 wurden nun auch alle öffentlichen Bekanntmachungen in der National-Zeitung abgedruckt. Auch ändern sich die formalen Wortlaute. Die Beschlussformeln wurden nun wie folgt eingeleitet: „Nach Anhörung des Gemeinderates wurde vom Leiter der Gemeinde beschlossen...“ so in einer Sitzung am 15. Oktober 1934. Auch ist markant, dass die Anzahl der Sitzungen auf drei, später sogar nur auf eine im Jahr zurückgeht. Die Gemeindeverordneten hatten einfach nichts mehr zu sagen. In der Sitzung vom 27. März 1935 kommt dann ein weiteres typisches nationalsozialistisches Kuriosum hinzu, die Änderung der Begriffe. Aus dem Gemeindevorsteher wird ein „Gemeindeschulze“, aus den Gemeindeverordneten die „Gemeindeältesten“. Doch auch hier gibt es noch eine weitere Steigerung. In der Sitzung vom 15. August 1935 ist der Kreisleiter und Beauftragte der NSDAP Scholdra anwesend; er führt natürlich den Vorsitz in der Gemeinderatssitzung. Er teilt nur noch mit, wen er als neuen Bürgermeister der Gemeinde einzusetzen gedenkt.

Der Gemeinderat ist nun wirklich gleichgeschaltet. Von einer Vertretung der Bürger für die nächsten zehn Jahre kann keine Rede mehr sein. Im 2. Weltkrieg fand die letzte Sitzung am 24. Juli 1944 statt, die nächste dann bereits am 6. Juli 1945. Es wurden sechs neue Beiräte gewählt. Bürgermeister wurde Kaspar Haupey. Eine neue Gemeindegatsung wurde Ende Januar 1946 angenommen. Doch auch jetzt waren die Gemeindeverordneten nicht ganz frei in ihren Entscheidungen. Jedes

Protokoll und damit jeder Beschluss des Gemeinderates musste nämlich von der Militärregierung gegengezeichnet und damit genehmigt werden. Das Protokoll vom 9. Mai 1949, welches von der Militärregierung am 14. Juni bestätigt wurde, war das letzte mit diesem Vermerk. Natürlich waren im Gegensatz zu der Zeit vor 1945 nun im Jahr fünf, sechs oder auch sieben Sitzungen notwendig, um die dringenden Nachkriegsprobleme demokratisch zu lösen.